

Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 243

Anton Rauscher

Gemeinsinn statt Egoismus

Für eine Stärkung der Sozialkultur

J.P. BACHEM VERLAG

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ will der Information und Orientierung dienen. Sie behandelt aktuelle Fragen aus folgenden Bereichen:

Kirche, Politik und Gesellschaft

Staat, Recht und Demokratie

Wirtschaft und soziale Ordnung

Familie

Schöpfungsverantwortung und Ökologie

Europa und Dritte Welt

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

Bestellungen

sind zu richten an:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Brandenberger Straße 33

41065 Mönchengladbach

Tel. 0 21 61 / 8 15 96 - 0 · Fax 0 21 61 / 8 15 96 - 21

Ein Prospekt der lieferbaren Titel kann angefordert werden

Redaktion:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Mönchengladbach

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

1997

© J. P. Bachem Verlag GmbH, Köln

ISBN 3-7616-1275-3

Die beiden Kirchen haben Ende Februar 1997 ihr Wort "Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit" veröffentlicht. Es ist das Anliegen der Kirchen, zu einer Verständigung über die Grundlagen und Perspektiven einer menschenwürdigen, freien, gerechten und solidarischen Ordnung von Staat und Gesellschaft beizutragen. Die geistig-kulturelle Situation, in die dieses Wort hineingesprochen ist, wird im Vorwort von Bischof Karl Lehmann und Landesbischof Klaus Engelhardt so charakterisiert: "Die traditionelle Sozialkultur befindet sich im Zuge der Industrialisierung und Urbanisierung in einem starken Wandel und hat sich an vielen Stellen aufgelöst. Anspruchsdenken und Egoismus nehmen zu und gefährden den solidarischen Zusammenhalt in der Gesellschaft".

Von diesem Ansatz her wird verständlich, warum sich die Kirchen für eine Erneuerung der Sozialkultur einsetzen. Es geht ihnen nicht nur um die wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit oder um die Reform des Sozialstaats, um die Einbeziehung der ökologischen Dimension in das Ordnungsgefüge der Sozialen Marktwirtschaft oder um die Armut im Wohlfahrtsstaat. Alle diese zumeist äußerst komplexen Problembereiche stehen auf dem Prüfstand. Aber es wäre fatal, würden wir vor so vielen dicken Bäumen den Wald nicht mehr sehen: die Sozialkultur. Nur wenn es gelingt, der Ausfaserung und immer weiteren Aushöhlung der Sozialkultur entgegenzutreten und sie zeitgerecht zu erneuern, können wir hoffen, daß wir auch die drückenden und drängenden sozialen Probleme der Gegenwart einer Lösung näherbringen.

Die Krankheit des Individualismus

Es mehren sich die Stimmen, die die Problemsituationen in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften Europas auf einen wachsenden Individualismus und auf die Individualisierung der Gesellschaft zurückführen. Die viel beklagte Orientierungskrise in Staat und Gesellschaft hänge mit dem autonomen Selbstbewußtsein des Menschen zusammen, der vom Selbstgesetzgeber zum Ersatzschöpfer geworden sei. Nur ein erneuerter Gemeinsinn könne der Schwindsucht der Solidarität und dem Niedergang des Gemeinwohls entgegenwirken.¹

Wenn heute der Verlust des Sozialen beklagt und von einer Individualisierung der Gesellschaft gesprochen wird, dann steht das Verhältnis von Einzelmensch und Gesellschaft erneut auf dem Prüfstand. Als die liberale Bewegung im vorigen Jahrhundert ihren Siegeszug in Europa antreten konnte - sie entstand vor allem als Reaktion auf den fürstlichen Absolutismus und die vielfältigen Beschränkungen der Freiheiten der Menschen -, wurde ihr als-

bald von christlich-sozialer Seite vorgeworfen, sie vertrete ein individualistisches Menschenbild und eine individualistische Gesellschaftserklärung. Die Machtübernahme durch die Kommunisten in der Sowjetunion (1917) und durch die Nationalsozialisten in Deutschland (1933) bewirkte eine Schwerpunktverlagerung in der Auseinandersetzung. Von den kollektivistischen Ideologien und den totalitären Machtsystemen ging unmittelbar die größere Bedrohung aus. Damals erfolgte die Begründung des personalen Fundaments der Katholischen Soziallehre durch Gustav Gundlach, auf den die Formulierung des Subsidiaritätsprinzips in der Sozialenzyklika *Quadragesimo anno* zurückgeht und der später die Verlautbarungen Pius' XII. zu den sozialen Fragen erarbeitete. Er prägte die klassisch gewordene Aussage von der menschlichen Person als Ursprung, Träger und Ziel allen gesellschaftlichen Lebens.

Wer freilich eine Parallelität zwischen dem christlichen Personalismus und dem liberalen Individualismus erkennen möchte, weil in beiden Sichtweisen der Mensch Selbstzweck ist, der würde übersehen, daß der christliche Personbegriff gerade nicht den Menschen als Individuum, sondern ihn "inmitten der Gesellschaft" (H. Pesch) sieht, also in seiner sozialen Dimension. Seine Entfaltung in der gesellschaftlichen Verbundenheit und Kooperation ist ihm wesentlich und hängt nicht von seinem privaten Willen ab. Gewiß: Die Gesellschaft ist auch in christlicher Sicht kein Selbstzweck, sondern dazu da, daß sich die Menschen entfalten können. Aber die Gesellschaft ist auch nicht nur Mittel zum Zweck, vielmehr ermöglicht sie erst Kultur und die verschiedenen Lebensbereiche.²

Die Abwehrhaltung gegen den Kommunismus und der Aufbau des Sozialstaats in den westlichen Ländern hat die Periode nach dem Zweiten Weltkrieg bis hin zur Wende von 1989/90 geprägt. Freiheit, Wohlstand für alle und soziale Sicherheit bildeten die Grundpfeiler des Zusammenlebens. Die Probleme, die sich, wenngleich zunächst nicht sonderlich reflektiert, schon seit den siebziger Jahren ankündigten, waren Anzeichen dafür, daß die Gesellschaft mehr und mehr ihre Anpassungs- und Reformfähigkeit an neue Situationen und Verhältnisse zu verlieren drohte. Zugleich änderten sich die Mentalitäten und Verhaltensweisen. Bei vielen Bürgern nahm das Bewußtsein um die Einbettung in die sozialen Beziehungen, Bindungen und Pflichten ab. Statt dessen verbreiteten sich das Anspruchsdenken, die Idee der "Selbstverwirklichung", individuelle und individualistische Neigungen und Verhaltensweisen. Notgedrungen werden in einem derartigen Klima der Zusammenhalt, der Gemeinsinn, die soziale Verantwortung, die Solidarität schwächer.

In eine ähnliche Richtung weisen manche politische Reflexionen. Der von den deutschen Medien zum neuen Hoffnungsträger hochstilisierte britische Premierminister Tony Blair gab unmittelbar vor der Wahl dem amerikanischen Newsmagazin Time ein bemerkenswertes Interview. Auf die Frage, wo er noch die Unterschiede zwischen Labour Party und den Conservatives sähe in einer Zeit, in der die alten ideologischen Positionen schwänden, antwortete Blair: "Die Werte, die Leute wie mich bewegen, unterscheiden sich von denen, die die konservative Partei bewegen. Unsere Prioritäten sind verschieden. In der praktischen Politik gibt es durchaus Felder, die sich überschneiden. Und das ist gut so. Aber wir gehen die Aufgaben von einem verschiedenen Wertsystem her an. Mein Wertsystem ist gegründet auf einen Glauben in die Gemeinschaft. Was will ich damit sagen: Du bist nicht einfach in der Welt, um das, was immer du unternimmst, nur für dich zu tun. Du hast Verpflichtungen anderen Menschen gegenüber, und gerade dies ist der beste Weg zu leben. Dies ist anspruchsvoll formuliert; im Grunde geht es darum, den Sozialstaat zu modernisieren, nicht aber ihn abzutakeln. Unsere Aufgabe ist nicht zu sagen: 'Wir leben in einer Marktwirtschaft; deshalb mußt du hineinspringen und sinken oder schwimmen'. Unsere Aufgabe ist zu sagen: 'Was können wir als Gesellschaft tun, um die Leute zu befähigen, in der Marktwirtschaft zu überleben'".³

Blair stellt auf die Gemeinschaft ("community") ab und auf die Verpflichtungen, die für jeden, der zu der Gemeinschaft gehört, daraus erwachsen. Die Bemerkung, daß dies der "beste Weg" für den Menschen sei, verdeutlicht das Anliegen Blairs, für den "obligation" nicht so sehr "Last" bedeutet, die die Freiheit des Einzelnen einschnürt, sondern Aufgabe, in der sich Freiheit erfüllt. Der Sinn des Lebens ist nicht Selbstverwirklichung, wie sie im Zuge der emanzipatorischen Bewegung in den Vordergrund getreten ist. Selbstverwirklichung ist im Grunde eine Kategorie einer individualistischen Lebensphilosophie, die in Spannung, ja im Gegensatz steht zur Solidarität.

Aber was bedeutet für Blair die "Modernisierung" des Sozialstaats? Um mögliche Mißverständnisse gar nicht erst aufkommen zu lassen, konkretisiert er seine Position in folgender Weise: Wenn alleinstehende Mütter von Sozialhilfe leben, so wolle die (politische) "Rechte" ihnen diese Sozialhilfe wegnehmen. Er wolle auch nicht, daß diese Mütter für den Rest ihres Lebens von Sozialhilfe leben. Aber dann müsse ihnen die Möglichkeit gegeben werden zu arbeiten, wozu sie auch verpflichtet seien. Im Unterschied zu der Diskussion, wie sie in Deutschland gewöhnlich stattfindet, hat sich Blair anscheinend frei gemacht von jedweden Klassendenken, als ob Solidarität nur in einer Richtung verlaufe, nämlich im Sinne der Umverteilung von den "Reichen" zu den "Armen" hin. Nicht nur im Falle der alleinstehenden Müt-

ter, auch die Vorstellungen Blairs über die Reorganisation der Sozialausgaben und ihre Begrenzung innerhalb sehr strenger Grenzen ("within very tough limits") spricht eine andere Sprache. Es sieht nicht so aus, als ob die Labour-Regierung in Großbritannien das Rad der Geschichte zurückdrehen wolle.

Der Vorwurf der Zweidrittel-Gesellschaft

Wenden wir uns nun der Situation in Deutschland zu. Wo liegen die Ursachen für die Vermutung, daß sich die traditionelle Sozialkultur auflöst und Anspruchsdenken und Egoismus den solidarischen Zusammenhalt der Menschen gefährden? Dies hängt natürlich mit den gewaltigen Schwierigkeiten in Wirtschaft und Gesellschaft zusammen, die sich schon in den frühen achtziger Jahren zugespitzt hatten, die nach der Wende 1989/90 mit dem Krisenjahr 1993 ein nicht für möglich gehaltenes Ausmaß erreicht haben. Nicht nur die ideologische Linke, die durch den Zusammenbruch des Sozialismus schwer getroffen ist, immer mehr Bürger und Gruppierungen fragen sich, ob die Soziale Marktwirtschaft, die uns nach dem Zusammenbruch einen beispiellosen Wohlstand und soziale Sicherheit bescherte und zu einem Markenartikel für andere Länder geworden war, noch in der Lage ist, der Massenarbeitslosigkeit wirksam gegenzusteuern und die riesigen Löcher in den Sozialkassen zu stopfen.

In dieser zugespitzten Situation ist der Begriff der Zweidrittel-Gesellschaft aufgekommen. In diesem Vorstellungsraster besitzen zwei Drittel der Gesellschaft einen Arbeitsplatz und verfügen auch über ein gutes Einkommen. Sie können die viele Freizeit und den Urlaub in vollen Zügen genießen, sind sozial abgesichert und haben Teil am immer noch zunehmenden Wohlstand. Bei diesen zwei Dritteln der Bevölkerung fallen auch die zunehmenden Kapital- und Vermögenseinkünfte ins Gewicht und erweitern ihre Handlungs- und Sicherheitsspielräume, ganz abgesehen von der nicht so dünnen Oberschicht, die die Möglichkeiten der Kapitalanlage im Ausland ebenso nutzen kann wie die international operierenden Großunternehmen. Demgegenüber umfaßt das andere Drittel die niedrigen Lohn- und Einkommensgruppen, die Familien, vor allem mit nur einem Einkommensbezieher, und die Sozialhilfeempfänger.

Besonders stark gestiegen ist die Zahl der Arbeitslosen, wobei die Langzeitarbeitslosen auf 1,2 Millionen angewachsen sind und immer noch steigen. Gewiß: Diese Menschen werden vom sozialen Netz immer noch aufgefangen, und im Vergleich mit anderen Industrie- und Sozialstaaten in Europa ist ihre Einkommens- und Lebenssituation um vieles besser. Dennoch bricht an

dieser Nahtstelle die Diskussion um die Solidarität auf. Dies ist keineswegs allein eine Frage des verfügbaren Einkommens, sondern sehr viel mehr die Frage, warum es nicht gelingt, die Arbeitslosen, insbesondere die Langzeitarbeitslosen in die Gesellschaft wieder voll zu integrieren, auch den Armen über die Hilfe zur Selbsthilfe den Weg zum Aufstieg oder Wiederaufstieg zu bahnen? Die amerikanische Gesellschaft ist sehr viel durchlässiger, nicht nur nach unten, sondern auch nach oben. Wenn die USA das Wunschland von Millionen von potentiellen Einwanderern ist, dann deshalb, weil es sich inzwischen herumgesprochen hat, daß große Teile der legal und auch illegal Eingewanderten schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit gesellschaftlich vorankommen und aufsteigen.

In Deutschland hingegen haben diejenigen, die nicht zu den *beati possidentes* gehören, sehr viel weniger Chancen, Teufelskreise der Arbeitslosigkeit und der Armut zu durchbrechen. Auch die von den Sozialpartnern praktizierte Solidarität wird unter festgemauerten Sozialbedingungen zu einer Art "closed shop", bei dem die Besitzstände ohne Rücksicht auf Außenstehende verteidigt werden. Dieses Vorgehen wird sogar als "sozial" ausgegeben.

Sorge bereitet auch, daß in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für die ungelernten und angelernten Arbeitnehmer immer geringer und die Chancen für die intelligenten, auch für die gewandten und cleveren Arbeitnehmer immer größer werden. Dies bedeutet, daß auch jene Solidarität, die bisher unter den Arbeitnehmern verbreitet war, abnimmt. Die Gewerkschaften bekommen dies zu spüren. Wenn nicht besondere Umstände eintreten, wie etwa beim Kampf gegen eine Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, gelingt es ihnen immer weniger, ihre Mitglieder, die jetzt sehr differenzierte Interessen verfolgen, für den Streik zu mobilisieren. Sie sind vorsichtiger geworden gegenüber den lautstarken Forderungen kleiner radikaler Minderheiten in ihren Reihen, die immer unzufrieden sind und früher die Speerspitze bildeten.

Die Funktionalisierung des Zusammenlebens

Woher kommt es, daß kritische Beobachter des Geschehens den Eindruck gewinnen, daß die Solidarität und das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft immer mehr an Boden verlieren und sich eine Ellbogengesellschaft breitmacht, in der die Betriebe und Unternehmen mehr und mehr auf den Gewinn und die Rendite fixiert sind, in der auch das Denken und Verhalten vieler Bürger vom Eigeninteresse und vom Egoismus bestimmt werden? Kann man die Bruchlinien ausmachen, die offenbar zwischen der Zeit des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg und den heutigen Entwicklun-

gen eingetreten sind? Liegt es an der Sozialen Marktwirtschaft, weil sie in wichtigen Bereichen gleichsam eine andere Qualität angenommen hat und nicht mehr wie in den sechziger und siebziger Jahren in der Lage ist, die sozialen Erfordernisse abzudecken? Die Eingriffe und Korrekturen in das Sozialleistungssystem, zu denen der Staat gezwungen war und ist, könnten diesen Eindruck stützen. Dem steht freilich entgegen, daß die bisher vorgenommenen Kürzungen und Einschränkungen das prozentuale Gewicht der Sozialausgaben am Bruttosozialprodukt nicht wesentlich vermindert haben. Allerdings hat die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit bewirkt, daß die Beitragseinnahmen der sozialen Sicherungssysteme eher stagnieren, wohingegen die Aufwendungen für die Arbeitslosen sprunghaft ansteigen.

Die Arbeitslosigkeit ist sicherlich die größte Herausforderung, in der sich die Soziale Marktwirtschaft bewähren muß - übrigens auch die anderen freiheitlichen Wirtschafts- und Sozialordnungen in den meisten Industrieländern Europas. Dennoch muß man sich fragen, ob das Schwinden der Solidarität und das Anwachsen egoistischer Grundhaltungen nicht auf Voraussetzungen und Bedingungen zurückzuführen sind, die als solche nicht den Kern der Sozialen Marktwirtschaft ausmachen, die auch nicht zu den vom Staat zu setzenden Rahmenbedingungen der Sozialen Marktwirtschaft gehören, die jedoch jenes menschliche und soziale Beziehungsgefüge betreffen, in das auch die Soziale Marktwirtschaft eingebettet ist und von dem sie in ihrer Wirksamkeit viel mehr und auch intensiver bestimmt wird, als dies gemeinhin angenommen wird? Die Wirtschaft darf nicht isoliert gesehen werden; sie steht in ständiger Wechselbeziehung mit allen anderen gesellschaftlichen Lebensbereichen, nicht zuletzt mit Ethik und Religion. Haben sich hier vielleicht neue Konstellationen und Einflüsse herausgebildet, die für die Solidarität unter den Menschen nachteilig sind und die den Eigennutz fördern?

Die Antwort des Kommunitarismus

In dieselbe Richtung gehen offensichtlich auch die Überlegungen des sogenannten Kommunitarismus, der zu Beginn der neunziger Jahre in den USA entstanden ist. Es geht, wie Amitai Etzioni feststellt, um die Rekonstruktion der Gemeinschaft, der Community, um die Wiederherstellung der Bürgertugenden, um ein neues Verantwortungsbewußtsein der Menschen, um die Stärkung der moralischen Grundlagen unserer Gesellschaft. "Wie ein Radfahrer, so muß auch eine Gemeinschaft die Balance halten. Sie darf weder zur Anarchie des Extremindividualismus und zur Vernachlässigung des Gemeinwohls tendieren noch zum Kollektivismus, der das Individuum mora-

lich abwertet. Daher muß man Gemeinschaften ständig dazu bringen, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Individualrechten und sozialen Pflichten herzustellen. ... Der Westen ist in der kalten Jahreszeit des exzessiven Individualismus und sehnt sich nach der Wärme der Gemeinschaft, die menschliche Beziehungen wieder erblühen läßt."⁴

Etzioni spricht von "moralischer Anarchie" und verweist auf die Zunahme von Gewaltkriminalität, Illegitimität, Drogenmißbrauch und politischer Korruption sowie auf jene Fälle, wo Kinder töten und dann nicht die Spur von Reue zeigen. In den 80ern habe man den Bock zum Gärtner gemacht, indem man den ungezügelten Egoismus und die Geldgier in den Rang sozialer Tugenden erhoben hat. "Wir brauchen wieder eine Gesellschaft, in der bestimmte Verhaltensweisen indiskutabel sind, also zu den Dingen zählen, die kein anständiger Mensch tut oder nur in Erwägung zieht: etwa seine Kinder im Stich zu lassen, Versicherungsbetrug zu begehen, bei Prüfungen zu täuschen, die Sparkonten anderer Leute zu plündern oder Untergebene sexuell zu belästigen. Wir brauchen auch wieder eine Situation, in der viele positive Verhaltensregeln - also Gebote - gültig sind und ohne Wenn und Aber akzeptiert werden."⁵ Weil Moral nicht nur eine Sache des Einzelnen, sondern eine Angelegenheit der Gemeinschaft ist, kann, um sie zu erneuern, die Berufung auf das Gewissen des Einzelnen nicht genügen.

Die von den Kommunitaristen entwickelte kritische Analyse des Individualismus auf der einen und des Kollektivismus auf der anderen Seite, ebenso die Aufdeckung der Irrwege und Sackgassen, in die die fortgeschrittene Industriegesellschaft hineingeschlittert ist, aber auch viele Überlegungen zur Wiederherstellung der Moral in der Gemeinschaft weisen erstaunliche Parallelen zu den Sozialenzyklen der Päpste, insbesondere auch zu Bemühungen Johannes Pauls II. auf.⁶ Sofort nach dem Zusammenbruch der totalitären kommunistischen Machtsysteme hat er sich in den Dialog eingeschaltet und vor den Gefahren gewarnt, die auf die westliche Welt zukommen. Es ist der Egoismus, das Nützlichkeitsdenken, das Vertrauen auf die reinen Marktkräfte, die Verdrängung von Ethik und Religion in den privaten Bereich. Der Papst spricht von der "Krise der demokratischen Systeme, denen mitunter die Fähigkeit zu Entscheidungen für das Gemeinwohl abhanden gekommen zu sein scheint. Anfragen von seiten der Gesellschaft werden bisweilen nicht nach Kriterien der Gerechtigkeit und Sittlichkeit geprüft, sondern mehr nach der Wahl- und Finanzkraft der Gruppen, die sie unterstützen. Derartige Entartungen des politischen Verhaltens erzeugen mit der Zeit Mißtrauen und Gleichgültigkeit und in der Folge eine Abnahme der politischen Beteiligung und des Gemeinsinnes in der Bevölkerung, die sich hintergangen und ent-

täuscht fühlt. Daraus ergibt sich das wachsende Unvermögen, Einzelinteressen in eine umfassende Sicht des Gemeinwohles einzuordnen."⁷

Die Familie in Bedrängnis

Die Erneuerung der Sozialkultur hängt wesentlich davon ab, ob es gelingt, der Familiengemeinschaft im Gesamtgefüge unserer Gesellschaft wieder jenen Ort zurückzugeben, der ihr als der Quelle des sozialen Lebens gebührt.

In den Jahren des Krieges sowie in der Notzeit danach war sie diejenige Institution, die sehr vielen Menschen das Überleben ermöglichte und in der die Mitmenschlichkeit und die soziale Hilfsbereitschaft praktiziert wurden. In der Familie erfährt der Mensch am wirksamsten, was die Einsicht des Solidarismus beinhaltet, daß der Mensch "inmitten der Gesellschaft" lebt, daß er seine Fähigkeiten und Kräfte innerhalb des sozialen Ganzen entfalten kann, daß der Einzelne nicht für sich selbst lebt, sondern vielfältige soziale Pflichten und Aufgaben in der Familie, in Schule und Arbeitsstätte, in Gesellschaft und Staat, für Frieden und Entwicklung der Völker zu erfüllen hat. Die Familie ist das soziale Widerlager gegen die verführerische Vorstellung vom Menschen als Individuum, der sich selbst Mittelpunkt ist und die Welt bewegt.

In der Zeit des Wiederaufbaus blieb die Familie für die große Mehrheit der Menschen das Lebenszentrum. Zwar kam eine Familienpolitik in Deutschland - im Unterschied zu Frankreich - lange nicht in Gang, dennoch war das soziale, kulturelle und auch das wirtschaftliche Leben nach wie vor familienbezogen, auch wenn darüber wenig reflektiert wurde. Die Erwerbsarbeit der Mütter hielt sich in engen Grenzen, was der Erziehungskraft der Familie zugute kam. Es gab noch nicht die Ideologie der antiautoritären Erziehung, und auch die Medien, deren Machteinfluß auf das Leben der Menschen noch eher bescheiden war, respektierten die Familie.

Die Einbrüche in die Ehe- und Familienkultur erfolgten in den sechziger Jahren im Zuge der sogenannten zweiten Aufklärung und der Reideologisierung nach links. Hinzugesellte sich die Emanzipationsbewegung, die sich gegen alles Soziale richtete und eine radikale individualistische Stoßrichtung hatte. Der "Pillenknick" bei der Geburtenrate, die Propagierung der "freien Liebe", die Verächtlichmachung lebenslanger Treue, die schon erwähnte antiautoritäre Erziehung, die bis heute nachwirkt, die weitgehende Zerstörung des öffentlichen Wertbewußtseins um Ehe und Familie haben nicht nur die Familienkultur schwer getroffen, sondern auch die Kräfte des sozialen Zusammenhalts, des Füreinander-Daseins, der Solidarität.

In der so angeschlagenen Gesellschaft konnte der Gedanke der Selbstverwirklichung ganz nach vorne rücken, vor allem aber verlagerte sich das Lebenszentrum hin zur wirtschaftlichen Leistungsgesellschaft. In ihrer Entwicklungsphase hatte die Soziale Marktwirtschaft ihre Hinordnung auf die Menschen und auf die sozialen, kulturellen und staatlichen Bereiche. Jetzt konnten sich jene Kräfte in den Vordergrund schieben, denen es nicht mehr auf die Einbettung der Wirtschaft in die Gesamtkultur ankam, die vielmehr nur noch wirtschaftlich dachten. Alle sozialen Bindungen und Institutionen gerieten ins Hintertreffen, das Eigeninteresse und der Eigennutz rückten immer stärker in den Mittelpunkt. Besonders gravierend wirkte sich dies auf die schwindende Erziehungskraft der Familie aus. Dabei ist zu beachten, daß die Defizite in der Familie nicht einfach auf die zunehmende Berufstätigkeit der Frau und Mutter zurückgeführt werden können. Schuld an der Misere hat hauptsächlich ein Denkansatz, der die Erwerbsarbeit und das dazugehörige Einkommen zum Lebensinhalt und die Familie zu einem bloßen Anhängsel macht.

Die Marktwirtschaft kann das, was die Familie an sozialem Zusammenhalt bewirkt, nicht ersetzen, vielmehr ist sie darauf angewiesen. Dies gilt auch für die vielfältigen wirtschaftlichen Leistungen und für die sozialen Dienste im erzieherischen und pflegerischen Bereich, die die Kleinfamilie bis in unsere Tage erbringt. Diese Werte tauchen zwar nicht in der Berechnung des Bruttosozialprodukts auf, müßten sie jedoch über die Märkte angeboten und nachgefragt werden, dann würden die Wirtschaft und die sozialen Leistungssysteme sehr schnell an ihre Grenzen stoßen.

Von besonderer Bedeutung für die Soziale Marktwirtschaft sind die Leistungen und Dienste der Familie im Erziehungsbereich. Es macht einen gewaltigen Unterschied aus, ob die Kinder und Jugendlichen bereits in der Familie mit Grundwerten und sozialen Tugenden vertraut werden, die auch für die Wirtschaft, für den Arbeits- und Produktionsprozeß, für die Verteilung sowie für die Konsumtion von großer Bedeutung sind: die Unterscheidung von Gut und Böse, von Recht und Unrecht, von Mein und Dein, Lernfähigkeit und Lernwilligkeit, Arbeitsamkeit und Fleiß, verantwortlicher Umgang mit den Arbeitsmaterialien, Sparsamkeit, Ehrlichkeit, die Bereitschaft, sich in den sozialen Zusammenhang einzufügen und das Eigeninteresse dem Gesamtinteresse unterzuordnen, die vielfachen Unter- und Überordnungen in der Arbeitswelt anzuerkennen, neue Ideen einzubringen.

Die Familie ist ein integrierender Bestandteil der Sozialkultur, die in Wechselwirkung steht mit allen übrigen gesellschaftlichen Lebensbereichen. Veränderungen in der Familie beeinflussen auch die Wirtschaft. Wenn heute das Überhandnehmen des Anspruchsdenkens und des Egoismus beklagt wird,

dann dürfen und können die Ursachen nicht nur in Fehlentwicklungen der Sozialen Marktwirtschaft gesucht werden, dann müssen auch die Veränderungen bedacht werden, die sich aus dem Wandel und der Lockerung der Familienbande sowie aus den Schwierigkeiten ergeben, die heute der Erziehung zu sozialen Werten und Tugenden im Wege stehen. In der sozialen Kultur eines Volkes spiegelt sich die Stärke oder Schwäche der Familiengemeinschaft.

Das Unternehmen im Wandel

Wenden wir uns einem anderen Bereich zu, der in den zurückliegenden Jahrzehnten einen starken Wandel erfahren hat und der für die arbeitenden Menschen und für die sozialen Verhältnisse eines Landes wichtig ist: das Unternehmen. Als die Soziale Marktwirtschaft entstand, gab es neben den Großunternehmen, konzentriert auf Kohle und Stahl, Chemie und Elektrotechnik, eine große Zahl mittlerer und kleinerer Unternehmen, bei denen der Chef häufig der Unternehmensgründer und auch der Eigentümer war. Diese Unternehmer waren mit den Mitarbeitern und ihren Familien am Ort verbunden. Der Unternehmer kannte die meisten mit Namen und sprach sie persönlich an. Nicht selten bestand eine lange Bindung der Mitarbeiter an ihren Betrieb und an ihr Unternehmen. Der Betriebswechsel hielt sich in Grenzen, was auch dem Unternehmen zugute kam. Auf der anderen Seite wurde der Unternehmer immer wieder mit der menschlichen und sozialen Situation seiner Mitarbeiter konfrontiert; er konnte sich nicht auf seine wirtschaftlichen Aufgaben und Interessen beschränken.

In den zahlreichen kleinen Betrieben, Geschäften und Büros, die es heute gibt, sind diese menschlichen und sozialen Bindungen zwischen Unternehmern und Mitarbeitern lebendig geblieben. Und es ist interessant, daß die politischen Parteien bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit zunehmend auf die kleinen Einheiten setzen. Der herrschende Trend freilich geht auch bei vielen mittleren und kleineren Unternehmen hin zur Funktionalisierung der Leitungsfunktionen. Ein Manager jedoch, der nicht mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut ist, der auch über wenig menschliche und soziale Kontakte zu seinen Mitarbeitern verfügt, ist viel eher geneigt, den Betrieb und das Unternehmen nach reinen Erfolgskriterien zu führen und in sozialer Hinsicht nur das vom Gesetz und von den Tarifvereinbarungen festgelegte Minimum zu gewährleisten. Schon die Formulierung von der "Freisetzung von Arbeitskräften" verrät eine Denkstruktur, die nicht mehr vom Schicksal der arbeitslos gewordenen Mitarbeiter betroffen ist. Eine derartige Einstellung ist nur möglich, wo sich die Beziehungen im Betrieb und

Unternehmen rein funktional nach der Maxime von Leistung und Gegenleistung gestalten.

Nicht weniger schädlich für die Solidarität sind Verhaltensweisen, die einem regelrechten Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt gleichkommen. Nicht umsonst steht dafür das neue Wort "mobbing", ein Tatbestand, den es sicher auch früher schon gegeben hat, der aber heute mit neuer Schärfe eingesetzt hat und nicht selten das Klima in den Betrieben und Büros, die Solidarität zwischen den Beschäftigten belastet.

Kein Wunder, daß die Frage, wo in diesem System der Mensch bleibt, an Dringlichkeit gewinnt. Nicht umsonst versuchen eine Reihe von bekannten Großunternehmen, die Defizite der Funktionalisierung der menschlichen Beziehungen durch eine sogenannte Unternehmenskultur aufzufangen. Die Entwicklung von Verhaltensregeln der verschiedenen Gruppen im Unternehmen kann einen Beitrag leisten, um die angeschlagene Sozialkultur in diesem Bereich zu verbessern; ob sie aber in der Lage ist, die Denk- und Verhaltensweisen der Manager in der erforderlichen Weise zu beeinflussen, ist keineswegs ausgemacht.

Die menschliche und soziale Qualität steht nicht nur bei den wirtschaftlichen Unternehmen in Frage. Auch gemeinnützige Krankenhäuser und karitative Einrichtungen konnten sich dem allgemeinen Trend nicht entziehen, der auch in den kommunalen Verwaltungen Einzug gehalten hat. Früher waren karitative Einrichtungen bereit, sogenannte Sozialfälle aufzunehmen und auch weniger Leistungsfähige zu beschäftigen und in den Arbeitskreislauf einzubeziehen. Nicht nur der wirtschaftliche Druck, auch die lückenlosen sozialen Regelungen haben dem ein Ende gesetzt und die Zahl derjenigen, die in unserer Arbeitswelt keinen Platz mehr finden, vermehrt. Wo finden diese Menschen menschliche und soziale Integration? Auch diese Aufgabe ist ein Stück Sozialkultur, die wir nicht als antiquiert erklären dürfen.

Die Vorherrschaft des Anspruchsdenkens

Um noch einen anderen Problembereich anzusprechen, der sich auf die Sozialkultur auswirkt: Es handelt sich um das Anspruchsdenken, das seit langem immer mehr Schichten unserer Gesellschaft befallen hat. Wenn die Politik in Bund und Ländern sowie auf der kommunalen Ebene konkrete Vorschläge macht, wie man den großen sozialen Herausforderungen begegnen kann, dann dauert es nicht lange, bis von den Betroffenen, vor allem aber von den jeweiligen Interessenvertretern Einspruch erhoben wird. So ausgewogen und gerecht kann gar keine Steuerreform sein, als daß ihr nicht der Makel "unsozial" angehängt werden könnte. In ähnlicher Weise werden

Ideen und Vorschläge aus der Wissenschaft und von Forschungsinstituten als untauglich oder ungerecht zurückgewiesen.

Es ist das Anspruchsdenken, das die notwendigen Reformen in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat blockiert. Im zerstörten Deutschland nach 1945 war dies anders. Einerseits wußten die Bürger, daß ihnen niemand helfen könnte, wenn sie nicht selbst die Ärmel hochkrepelten. Andererseits prägte sie die Erfahrung aus Notzeiten, daß es ihnen nur in dem Maße besser gehen würde, in dem es der Gesellschaft gelänge, wieder die Voraussetzungen für eine gute Entwicklung in den verschiedenen Lebensbereichen zu schaffen. Solidarität wurde praktisch gelebt und erlebt. Man war bereit, selbst das wenige, das einem verblieben war, zu teilen und gemeinsam anzupacken. Die Arbeiter und ihre Gewerkschaften waren daran interessiert, daß die Fabriken wieder ans Laufen kamen und daß die erforderlichen Nettoinvestitionen getätigt wurden, obwohl sie lange Jahre nur geringe Löhne erhielten und auch die sozialen Leistungen sich in engen Grenzen hielten. Es war unvorstellbar, daß Tarifverhandlungen an Zehntelprozentpunkten hätten scheitern können. In einem solchen Klima konnte sich die Soziale Marktwirtschaft entwickeln und das Ziel "Wohlstand für alle" allmählich durchgesetzt werden.

Heute wissen wir, daß die Arbeitskosten im Vergleich zu den Industrieländern, die mit uns auf den europäischen Märkten im Wettbewerb stehen, zu hoch sind und Investitionen verhindern - aber wir sind nicht bereit, etwa die Arbeit in stärkerem Maße zu teilen und die Lohnkosten, insbesondere die Lohnzusatzkosten über kleinere Korrekturen hinaus in der notwendigen Weise zu senken. Bei Umfragen wird zwar immer wieder festgestellt, daß die Mehrheit der Bürger - etwa zwei Drittel - der Meinung ist, wir könnten nicht so weiterleben wie bisher. Es bedürfe der Erneuerung der Solidarität und der Bereitschaft, auf liebgewonnene Besitzstände zu verzichten. In der Realität freilich ist diese Bereitschaft bisher nicht ernsthaft getestet worden. Die meisten Vorschläge etwa zur Kürzung der Lohnnebenkosten, um das Investitionsklima zu verbessern und neue Arbeitsplätze zu schaffen, sind rasch auf der Strecke geblieben.

Vielleicht bleibt nur noch der Versuch, einen Teil der versicherungsfremden Leistungen auf den Staat zu verlagern und die Finanzierung über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vorzunehmen. Dies würde zwar die Lohnnebenkosten senken und damit die Arbeitskosten entlasten, zugleich aber die Steuerbelastung der Bürger weiter erhöhen. Ob eine solche Umschichtung der Lasten genügt, das muß bezweifelt werden. Es könnte auch der Beginn einer gefährlichen Wegstrecke für unser Land, aber auch für Europa werden, wenn immer mehr Soziallasten auf den schon jetzt überforderten Staat

abgewälzt würden, anstatt die Solidarität der Beteiligten stärker einzufordern und dem Anspruchsdenken Schranken zu setzen.

Zur Sozialkultur eines Volkes gehören auch die religiösen und sittlichen Wertorientierungen. Während nach dem Zusammenbruch 1945 weite Kreise der Bevölkerung für eine Besinnung und für die Rückkehr zu den Wertmaßstäben, wie sie in der christlichen Tradition Europas ihre Formung erhalten hatten, offen waren, ist hier seit den siebziger Jahren ein Erosionsprozeß eingetreten. Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft haben von Anfang an die sittlichen Wertziele der Freiheit und der Gerechtigkeit betont. Ohne Zweifel stehen die Wertorientierungen der 10 Gebote in einem wechselseitigen Verhältnis zur Wirtschaft. Für die Soziale Marktwirtschaft ist es wichtig, ob die Bürger neben den Wertzielen der Freiheit und der Gerechtigkeit zum Beispiel das 7. und 8. Gebot in der Substanz einhalten und praktizieren, oder ob sie es mit der Achtung von Mein und Dein und mit den Betrügereien und dem Ausnutzen sozialer Vorteile nicht so genau nehmen. Soziale Marktwirtschaft ist auf die Moral der Bürger angewiesen. Wenn Diebstahl, Versicherungsmißbrauch, Subventionsbetrug, Steuerhinterziehung, ungerechte Bereicherung auf breiter Front die Denk- und Verhaltensweisen der Menschen prägen, dann hat dies gewaltige Auswirkungen auf die Soziale Marktwirtschaft. Man kann die fehlende Moral nicht durch Polizei und Staatsanwälte ersetzen. Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft hängt nicht zuletzt von der Wiedergewinnung der sittlichen Wertorientierung ab. Dies ist nicht nur eine Angelegenheit der Kirchen, sondern auch der in der Wirtschaft Tätigen, nicht zuletzt der Wissenschaft und der Medien.

Die Erneuerung der Sozialkultur - ein Gebot der Stunde

Die Erneuerung der Sozialkultur ist ein Gebot der Stunde, wenn die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft und die Reform des Sozialstaats gelingen sollen.

- Dazu bedarf es der Besinnung, daß der Einzelne sich nur entfalten kann, wenn er um seine Einbettung in das gesellschaftliche Gefüge weiß und die daraus erwachsenden Verantwortlichkeiten ernst nimmt. Dies ist auch das Anliegen des in Nordamerika entstandenen Kommunitarismus.
- Solidarität darf nicht als Gruppen- oder Klassensolidarität verstanden werden. Vordringlich ist die Besinnung auf das Gemeinwohl und seine Durchsetzung gegenüber den Partikularinteressen, auch gegenüber den parteipolitischen Interessen.

- In der Reflexion und Diskussion der Probleme darf die Wechselseitigkeit zwischen Wirtschaft und Sozialem ebensowenig ausgeklammert werden wie die zwischen Wirtschaft und Moral.
- Der weiteren Funktionalisierung der Arbeits- und Lebensbereiche sollte durch neue Verhaltensregeln entgegengewirkt werden. Nicht nur die Ärzte und Rechtsanwälte bedürfen derartiger verpflichtender Regeln, sondern auch die Manager und die Funktionäre, die Politiker und die in der Verwaltung Tätigen ebenso wie die Kaufleute und die Ingenieure. Die Sozialkultur ist nicht eine Angelegenheit einer kleinen Schicht, sondern von uns allen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Ludger Kühnhardt, Jeder für sich und alle gegen alle, Freiburg i. Br. 1994, 13 f. und 118 ff.
- 2 Dazu: Anton Rauscher, Personalität, Solidarität, Subsidiarität (Reihe: Katholische Soziallehre in Text und Kommentar, H. 1), Köln 1975, bes. 19 ff.
- 3 Interview: Champion of Change. After reforming the Labour Party, would-be Prime Minister Tony Blair has set his sights on reforming Britain, in: Time, April 28, 1997, 24 f. (Eigene Übersetzung).
- 4 Amitai Etzioni, Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus (Titel der amerikanischen Original-Ausgabe: The Spirit of Community), Stuttgart 1995, Vorwort zur deutschen Ausgabe, S. X.
- 5 Ebda, 28 f.
- 6 Nur in einer, allerdings wesentlichen Hinsicht unterscheiden sich maßgebliche Vertreter des Kommunitarismus von der christlichen Sicht. Etzioni ist offenbar der Meinung, daß Moral und die Erneuerung der Moral in der Gesellschaft ohne Rückgriff auf Religion und Glaube möglich ist. Er weicht der Frage der inneren Begründung der Werte, ebenso der Institutionen und Gemeinschaftsbande aus.
- 7 Enzyklika Centesimus annus, Nr. 47, vgl. auch Nr. 42 und 44.

Zur Person des Verfassers

Dr. theol., lic. phil. Anton Rauscher, Professor em. für Christliche Gesellschaftslehre an der Universität Augsburg; Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach.